

sehen auch die Menschen, die morgens mit dem Auto zur Arbeit fahren oder in den dringend benötigten Urlaub reisen wollen, als unsere Verbündeten im Kampf für eine Gesellschaft, in der Kapitalinteresse nicht mehr über die Zukunft auf unserem Planeten gestellt werden.

Insbesondere in unserer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bekommen wir immer wieder gespiegelt, dass viele Beschäftigte Straßenblockaden und ähnliche Aktionen als Aktionen gegen die breite Mehrheit verstehe, wodurch sie von linken Kämpfen abgeschreckt werden.

Dabei verstehen wir die Verzweiflung über das fehlende Handeln der Regierungen auf die eskalierende Klimakrise zu reagieren und sich auf diese Art für Klimaschutz einsetzen möchten, jedoch teilen wir ihre Strategie nicht.

Wir möchten jedoch auch klar betonen: Die verstärkten Repressionen gegen Klimaaktivist*innen und ihre zunehmende Kriminalisierung sind eine Gefahr für jeden gesellschaftlichen Widerstand. Beispielhaft hierfür stehen die zahlreichen Versuche, die Letzte Generation als kriminelle Vereinigung einzustufen und zu verbieten, sowie zahlreiche Abhöraktionen, Hausdurchsuchungen, Präventivverhaftungen und vieles mehr. Dies betrifft auch heute schon weitere Gruppen wie FFF.

Unabhängig davon, ob wir mit den Aktivist*innen strategisch einer Meinung sind, treten wir der zunehmenden Kriminalisierung von legitimem Protest entschieden entgegen. Dass selbst Regierungsmitglieder, deren Aufgabe es wäre, sofort für effektiven Klimaschutz zu sorgen, stattdessen in den hasserfüllten Diskurs gegen Aktivist*innen einsteigen und einseitig mit immer härter Repression drohen, verurteilen wir.

Begründung

erfolgt mündlich